

1945: „Absturz ins Bodenlose“

SPIEGEL-Redakteur Wolfgang Malanowski über Kapitulation und Besatzung (II): Die Potsdamer Konferenz

Auf der Konferenz von Jalta, im Februar 1945, feierten die „Großen Drei“, Roosevelt, Churchill und Stalin, Dreieinigkeit. Roosevelt glaubte „im Herzen wirklich, ein neuer Tag sei angebrochen“. Auch Churchill tat wenigstens so: „Das gegenwärtige Verständnis und die Bande, die die drei Großmächte miteinander verbinden“, sagte der Kriegspremier im britischen Unterhaus, „sind inniger geworden.“

Was damals schon nicht stimmte, kehrte sich Wochen später ins Gegenteil. Nun sah Churchill die Lage realistischer, aber übertrieben gefährlich.

In Briefen und Telegrammen an den neuen US-Präsidenten Harry S. Truman – der lange kränkelnde Roosevelt war am 12. April gestorben – schrieb er: „Ein eiserner Vorhang ist . . . niedergegangen. Was dahinter vor sich geht, wissen wir nicht.“ Während sich die Angelsach-

sen „mit der Bestrafung Deutschlands, das ohnehin ruiniert und ohnmächtig darniederliegt, beschäftigen“ und ihre „bewaffnete Macht auf dem europäischen Kontinent binnen kurzem dahinschwenden wird“, könnten die Russen „bis an die Küsten der Nordsee und des Atlantiks vormarschieren“.

„Nichts kann die große Katastrophe verhüten“, fand Churchill, „als eine schleunige Zusammenkunft und brutale Aussprache.“ Die Konferenz mit Stalin sollte in „irgendeiner amerikanisch-britischen Stadt“ stattfinden, die „anständige Unterkünfte“ böte.

Die Konferenz – laut Clay-Berater Murphy ein „unheilvolles Drama“ – tagte, vom 17. Juli bis 2. August 1945, im russisch besetzten Potsdam. Den Decknamen hatte sich Churchill einfallen lassen: „Terminal“, „Endstation“.

„Anständige Unterkünfte“ gab es im Schloß Cecilienhof, einst erbaut für den ältesten Sohn des letzten deutschen Kaisers, Kronprinz Wilhelm. Im Innenhof hatten die Russen einen riesigen Stern, fünf Zacken, aus roten Geranien, roten Rosen und Hortensien gepflanzt.

Präsident Truman war ein Neuling im erlauchten Kreis der Großen Drei. Von Außenpolitik verstand er leidlich wenig, das war Roosevelts Domäne, aber er war zuversichtlich. Als er Stalin bei der ersten Begegnung, „gerade ins Auge“ sah, war er voller Hoffnung, „daß wir zu einer für uns selber und für die Welt befriedigenden Verständigung kommen könnten“.

Großbritannien mußte mitten im Fluß die Schlachtrösser wechseln. Auf dem Höhepunkt seines triumphalen Erfolges verlor Churchill daheim die Wahlen zum



Churchill, Truman, Stalin auf der Potsdamer Konferenz 1945: „Was ist unter Deutschland zu verstehen?“



Deutsche Ostflüchtlinge in Berlin 1945: „Schön und gut ...“

Unterhaus, die er selber, siegesgewiß, zu diesem Termin angesetzt hatte. Die Briten, ausgerechnet auch die Soldaten, hielten den Kriegspremier nicht für den richtigen Mann, Frieden zu stiften.

Seinen Nachfolger, Clement Attlee, Führer der Labour Party, hatte Churchill vorsorglich gleich mitgebracht. Der Oppositionspolitiker war mit dem Slogan „Linke verstehen Linke“ in den Wahlkampf gegangen, und linke Flügelmänner seiner Partei waren noch überzeugt, „Regierungen wie die russische und unsere eigene sind die sicherste Hoffnung für den Frieden“.

Zankapfel der Konferenz und Hauptthema war die Polen-Frage, die vor allem Churchill in tiefe Depressionen gestürzt hatte. Entgegen feierlicher Erklärungen überließ Stalin den Polen eigenmächtig die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße als Kompensationen für sowjetische Landnahme entlang der polnischen Ostgrenze. Von

„Diese Sache kann in der Schwebe bleiben“

freien Wahlen und demokratischem Regime, von Stalin ebenfalls in Aussicht gestellt, war nun nicht mehr die Rede.

„Die Regierung Seiner Majestät“, protestierte Churchill hochoffiziell, „kann niemals zugeben, daß die im Krieg besetzten ostdeutschen Gebiete polnisch geworden sind.“ Was half's?

Nach quälendem Hin und Her in der Polen-Frage faßte Stalin die für den Westen dürrtige Alternative zusammen: „Wir können uns über sie schlüssig werden, wir können sie vertagen, aber wir können sie nicht ignorieren.“

Ihm konnte es gleich sein, er hatte, was er wollte, und die Polen nahmen

sich, soviel sie konnten. Die Deutschen flüchteten oder wurden vertrieben.

„Schön und gut“, meinte Stalin, die „Deutschen sind geflohen, und die gegebene und einzige Lösung ist die Errichtung einer uns freundlich gesinnten polnischen Verwaltung“. Das bedeutete nicht, daß auch die polnischen Grenzen festgelegt worden seien: „Diese Sache kann in der Schwebe bleiben.“

So geschah es – und was sonst hätte jetzt noch geschehen können? „Wir hätten“, erkannte Admiral William D. Leahy, Mitglied der US-Delegation, „zur militärischen Aktion vorbereitet sein müssen, um das sowjetische Fait accompli beseitigen zu können.“

Amerikaner und Engländer vertagten. Die Großen Drei bekräftigten „ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll“.

Sie billigten aber auch, daß die „Umsiedlung deutscher Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen“ (wieso plötzlich in Polen?)

„zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß“. Gewiß ein „Kompromiß“, gab Truman zu, aber „der beste, der zu erzielen gewesen wäre“.

Es waren lauter faule Kompromisse, die auf der Potsdamer Konferenz – zwischen

Krieg und Kaltem Krieg – erzielt wurden, das lag in der Natur der Sache: Drei Großmächte mit grundverschiedenen Gesellschaftssystemen und Ideologien beherrschten gemeinsam ein Land, in dem es keine Regierungen und Verwaltungen mehr gab. Regieren war nun Sache des Alliierten Kontrollrats in Berlin, in dem jede Besatzungsmacht das Vetorecht hatte; der Zerfall in vier Zonen war vorgezeichnet.

George Kennan, einer der wenigen amerikanischen Rußland-Kenner, prophezeite augenblicklich:

Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn ... Wir haben keine andere Wahl, als unseren Teil von Deutschland – den Teil, für den wir und die Briten die Verantwortung übernommen haben – zu einer Form von Unabhängigkeit zu führen, die eine befriedigende, eine gesicherte, eine überlegene ist, daß der Osten sie nicht gefährden kann ... Ob das Stück Sowjetzone wieder mit Deutschland verbunden wird oder nicht, ist jetzt nicht wichtig.

Immerhin, es gab dieses Deutschland noch. Das Reich war, das bescheinigten auch die Alliierten ausdrücklich, nach bedingungsloser militärischer und politischer Kapitulation und totaler Besetzung, nicht untergegangen.

Churchill fragte: „Was ist unter Deutschland zu verstehen?“ Stalin antwortete: „Was seit dem Krieg daraus geworden ist.“ Truman präzisierte: „Das Deutschland von 1937“ – zu dem auch die deutschen Ostgebiete gehörten. Die Großen Drei einigten sich, das „Deutschland des Versailler Vertrages, wie es 1937 bestanden hatte, als Diskussionsgrundlage zu betrachten“.

Auch die deutsche Einheit sollte erhalten bleiben – noch war Deutschland also



... die Deutschen sind geflohen“: Polen-Siedler in Breslau 1945

nicht verloren. Es sollten sogar unter der Oberhoheit des Alliierten Kontrollrats gesamtdeutsche Staatssekretäre bestellt werden, für „Finanzwesen, Transport, Verkehr, Außenhandel und Industrie“. Die Sowjets, die insbesondere dafür eintraten, spekulierten offenkundig, auf diese Weise die in ihrer Zone bereits errichteten deutschen Zentralverwaltungen in gesamtdeutsche Staatssekretariate umzuwandeln.

„Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten“, hieß es im Pots-

Gefährlich wie der deutsche Generalstab

damer Abkommen ausdrücklich. Es sei „eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten . . . , um ein ausgeglichenes Wirtschaftsleben in ganz Deutschland zu schaffen“.

Soweit „durchführbar“, müsse auch die „Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein“. Der „Rat der Außenminister“, der bei dieser Gelegenheit gebildet worden war, erhielt sogar den Auftrag, eine Friedensregelung für Deutschland vorzubereiten – „damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird“.

Stalin hatte noch im August 1944 „jede mögliche und unmögliche Unterdrückungsmaßnahme gegenüber Deutschland“ befürwortet, „große Gebietsabtretungen, Aufteilung in mehrere Staaten“. Jetzt war er für die deutsche Einheit. Er hatte ja schon annektiert; sein Faustpfand, die Zone, konnte ihm niemand nehmen, und gemeinsam verwaltete Einheit versprach Einfluß auch im Westen, beispielsweise Wirtschaftskontrollen über das Ruhrgebiet.

Aber die Franzosen lehnten ab. Sie wollten erst noch annektieren, möglichst das ganze Rheinland, und, ihr Faustpfand, die Zone, war ihnen zu mager. Wenn Einheit überhaupt, dann ohne das „rheinisch-westfälische Gebiet“.

Selbst den amerikanischen Vorschlag, die Eisenbahn zentral zu verwalten, wies der französische General Louis M. Koeltz, zurück – die Eisenbahn sei eine kriegswichtige Einrichtung, genauso gefährlich wie der deutsche Generalstab.

Die Franzosen hatten leichtes Spiel. Sie verfügten gleich über ein doppeltes Veto. An die Beschlüsse der Konferenz fühlten sie sich nicht gebunden; schließlich waren sie, obgleich Besatzungsmacht, zur Potsdamer Konferenz nicht einmal eingeladen worden. Und im Alliierten Kontrollrat, wo nur einstimmig entschieden werden konnte, lief sowieso nichts gegen sie.

Über die „Vier Großen D“ – Denazifizierung, Demilitarisierung, Dekartelli-

IHRE GESCHÄFTE IN SPANIEN SIND UNSER GESCHÄFT.

Gemeinsame Interessen fördern die Partnerschaft. Ihr Geschäft ist auch unser Geschäft. Darum hat Iberia das ideale Flugangebot für Geschäftsleute: 4x täglich nach Madrid, 2x täglich nach Barcelona und natürlich das dichteste inner-spanische Streckennetz mit besten Anschlüssen.

Der Iberia-Service beginnt bereits am Boden: Sitzplatzreservierung in der Raucher- oder Nichtraucherzone und separates Einchecken auf dem Flughafen. 30 kg Freigepäck. Ehegatten-Tarif, bei dem Ihre Reisebegleiterin nur 50 % des normalen Flugpreises bezahlt. Komfortable VIP-Lounge für Preference Class-Reisende in Madrid. Mit Service-Einrichtungen für den Geschäftsmann.

An Bord werden Sie nach allen Regeln spanischer Gastfreundschaft verwöhnt und können es sich ungehindert bequem machen.

So kommen Sie nicht nur auf schnellstem, sondern auch auf angenehmstem Weg ins Spanien-Geschäft. Rufen Sie uns an oder fragen Sie Ihr IATA-Reisebüro. Wir möchten, daß Sie Geschäfte machen.

Zum Beispiel nach Madrid:

von DÜSSELDORF
ab 16.00 Uhr an 18.20 Uhr
von FRANKFURT
ab 12.55 Uhr an 15.20 Uhr
ab 20.25 Uhr an 22.50 Uhr
von MÜNCHEN
ab 15.55 Uhr an 19.50 Uhr





Kaiserliches Deutschland*: „Gefährliche Veranlagung“

sierung, Demokratisierung – wurden sich die Großen Drei dagegen im Handumdrehen einig. Gemeinsames Nahziel war es, Nationalsozialismus und Militarismus auszurotten, die deutsche Kriegsmaschinerie zu zerstören und die Macht der Konzerne zu brechen.

So gelang es mühelos, die amerikanische Direktive JCS 1067 zugrunde zu legen und bei der Formulierung entsprechender Deklarationen ganze Passagen einfach zu übernehmen. In ihrer Zone konnte jede Regierung sowieso nach eigenem Gutdünken verfahren.

„Ich kann mich an kein politisches Dokument erinnern, das mich je so deprimiert hätte“, kommentierte

Rußland-Experte Kennan das Potsdamer Abkommen. „Die unpräzise Ausdrucksweise, die Verwendung so dehnbarer Begriffe wie ‚demokratisch‘, ‚friedlich‘, ‚gerecht‘ in einem Abkommen mit den Russen lief allem direkt zuwider, was 17 Jahre

Rußlanderfahrung mich über die Technik des Verhandels mit der sowjetischen Regierung gelehrt hatten.“

Die Amerikaner erfüllte, wieder einmal,

missionarischer Eifer, sie hatten aber auch das dringende Bedürfnis, Rache zu üben (für Krieg und Holocaust) und Straflektionen zu erteilen.

Sie wollten die Deutschen von Grund auf ändern, den Charakter jedes einzelnen und die Leitbilder der Nation, um so die tradierten Strukturen der Herrenrasse in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft aufzubrechen.

Naiver Idealismus, blinder Fortschrittsglaube an die Umerziehbarkeit

für die „deutsche Krankheit“ zu entwickeln.

Sie diagnostizierten, allen Ernstes, eine „schwere geistige Krankheit“, Paranoia, ein kollektives neurotisches Abweichen von normalen Verhaltensmustern. Spätestens seit Bismarck habe sich das ganze Volk fortwährend verhalten wie ein Patient, in dem eine „gefährliche Veranlagung“ stecke.

„Das bedeutet“, schrieb der Neurologe Richard M. Brickner, „daß jedes in die deutsche Gesellschaft hineingeborene Individuum in einer Kultur aufgezogen worden ist, in der verschiedene Haltungen, die andernorts bei paranoiden Menschen zu finden sind, institutionalisiert wurden.“ Paranoides Denken sei „Ausdruck deutschen Wesens“. Ursachen der Krankheit seien autoritäre Strukturen in Familie, Beruf und Schule, Preußentum, Pangermanismus und Militarismus.

Symptomatisch für den Massenwahn seien sowohl die nationalen Leitbilder wie die deutschen Ängste – ausgeprägtes Status- und Hierarchiedenken und

„Stark und schwach und niemals sicher“

„höchst verwundbares Ego“. Die Deutschen seien zugleich „stark und schwach und niemals sicher“. Der Griff der Herrenrasse nach der Weltmacht („Lebensraum“-Ideologie) und die Wahnvorstellung, die Welt sei voller Feinde, die Deutschland ständig ungerecht behandelten; die Aggressivität und das Lamentieren, der Platz an der Sonne bliebe den Deutschen versperrt; Irrationalismus und das Streben nach Perfektion,



Entnazifizierung 1945: „Ist Deutschland unheilbar?“

* Mit Kaiser Wilhelm II. (2. v. r.) in Potsdam.

schwächlicher Romantizismus und mystischer Bombast.

Das deutsche Volk müßte bestraft, umerzogen, „re-educated“ werden, schlug die „Round Table Conference“ in ihrem Abschlußbericht für die US-Regierung vor – „durch die Änderung seiner traditionellen Kultur, seiner Methoden gesellschaftlichen Lebens und seines Erziehungswesens“. Sonst würden die Deutschen, warnte Brickner („Ist Deutschland unheilbar?“), einer der Wortführer der psychologischen Kriegsführung, „einen neuen Krieg anfangen“.

Diagnose und Therapie leuchteten aber auch den Deutschlandplanern in den amerikanischen Ministerien ein, und auch US-Präsident Truman wollte Deutschland wenigstens zu „einer anständigen Nation“ machen.

Archibald MacLeish, Unterstaatssekretär im US-Außenministerium, verlangte „Veränderung in deutschem Denken, deutschem Glauben, deutscher Psychologie und in deutschem Charakter, wie wir ihn uns wünschen“. Die Deutschen seien sozusagen zu behandeln wie „einzelne Kriminelle in einer modernen Strafanstalt“.

Für den Propagandachef des alliierten Oberkommandos, Elmer Davis, war Umerziehung das „zentrale Problem“; ohne sie wären die „anderen Maßnahmen nicht mehr als zeitweilige Verschönerungsmittel“.

Davis hätte nur gern mehr über „die endgültigen Ziele“ der Umerziehung gewußt. So planten er und sein Büro, wie er sagte, „so gut wir können, aber wir können nicht sehr weit vorausschauen“.

Auch enthielt die Handlungsanweisung für US-Besatzer, der Leitfaden zur US-Direktive JCS 1067, dazu nur vage Anhaltspunkte – für ein Kurieren an den Symptomen:

Die Deutschen müssen lernen, einen friedfertigen Lebenswandel und die Regeln der Bescheidenheit und Menschenliebe zu wollen. Nationalsozialistische Schulbücher und Lehrer müssen aus allen Schulen entfernt und durch freiheitliche Bücher und Lehrer ersetzt werden. Presse, Filme und Rundfunk müssen Tatsachen-Informationen bieten. Diese und andere Informationen müssen die Falschheit der Nazi-Doktrinen herausstellen und ein Fundament für demokratisches Denken und Handeln legen.

Der deutsch-amerikanische Politologe Karl Loewenstein nannte die „nichtssagende Allgemeinheit, daß eine besiegte

„Selbstreinigung nach sowjetischem Geschmack“

Nation oder irgendein Volk ... von außerhalb ‚erzogen‘ werden kann“, einen „arroganten Trugschluß“, vergiftet noch dazu „mit dem anmaßenden Anspruch des intellektuellen Imperialismus, daß das Gesetz dem minderwertigen Volk gelehrt werden kann, von



US-Staatssekretär MacLeish
„Wie Kriminelle in der Strafanstalt“

Erziehern, die selbst Erziehung dringend nötig haben“.

Mag sein, gewiß aber reichte das Personal für die gewaltige Psycho-Mission bei weitem nicht aus. Nur 45 Beamtenstellen waren vorgesehen, nur zwei Drittel davon auch besetzt. Die Franzosen boten für ihr vergleichsweise bescheidenes Umerziehungsprogramm das Vierfache auf; sie konzentrierten sich auf die Reform des Schulwesens und ließen alle deutschen Schulbücher vernichten.

Nach sechs Jahren Umerziehung, bei den Deutschen als „Charakterwäsche“, „Umdrehen“, „Gleichschaltung“ verpönt, dämmerte es auch amerikanischen Politikern, „daß keine Siegermacht ein anderes Volk ‚umerziehen‘ kann“. John McCloy, erster US-Hochkommissar in der Bundesrepublik, schloß den Mißerfolg aus einschlägigen Umfragen aus dem Jahr 1951.

Er machte „Reste totalitärer Denkungsart“ aus, einen „gewissen aggressiven Nationalismus und in gewissen Kreisen ein Gefühl der Überlegenheit gegenüber anderen Völkern“ – alles Todsünden, die nicht mehr begangen werden sollten. Autoritäres Verhalten, das Grundübel der einst diagnostizierten Paranoia, sei noch „in allen Sparten des menschlichen Zusammenlebens“ ausgeprägt.

Die Sowjets ließen sich auf derart vage Experimente am Menschen nicht ein. Sie veränderten die gesellschaftlichen Strukturen. Sie sozialisierten, enteigneten und errichteten die Diktatur einer Satellitenpartei, der KPD (später SED). Vergangenheitsbewältigung betrieben sie nur nebenbei, und allemal lag ihnen die sozialistische Zukunft näher.

„Es wäre lächerlich“, hatte Stalin sogar gesagt (1942), „die Hitlerclique mit dem deutschen Volk und mit dem deutschen Staat zu identifizieren. Die Geschichte zeigt, daß die Hitlers kommen und gehen, während das deutsche Volk und der deutsche Staat bleiben.“

In der KPD hatte die Sowjet-Union, urteilt Historiker Justus Fürstenau, „eine verlässliche Gruppe, mit der sie ... eine ‚Selbstreinigung‘ nach sowjetischem Geschmack in Szene setzen konnte, die in ihren Mitteln durchaus einer Revolution glich, indem sie kurz, skrupellos und ohne Rücksicht auf Schuld oder Rechtsverfahren diejenigen, die einer kommunistischen Regierung und einer Gesellschaft sowjetischen Vorbilds im Wege standen, beiseite räumten“.

Ähnlich zielgerichtet verfahren auch die Franzosen in ihrer Zone. Ihnen lag amerikanischer Missionseifer ebenso fern wie sowjetischer Revolutionsimperialismus. Nahe lag ihnen die Auferstehung Frankreichs als Großmacht.



US-Psychologe Fromm
„Deutsche Krankheit“

Nach drei Überfällen, preußisch (1870), wilhelminisch (1914), nazistisch (1940) auf ihr Land, schweren Verwüstungen und tiefer Schmach, unterschieden die Franzosen nicht primär zwischen Nazis und Nichtnazis, sondern zwischen guten Deutschen und bösen, und gut war, wer die französischen Hegemonialpläne unterstützte. Die Franzosen brachten die großen Nazis hinter Schloß und Riegel, die kleinen ließen sie bald unbehelligt, wenn sie nicht aufmuckten. Sehr zum Ärger der Amerikaner fanden sogar Nazifunktionäre, die von ihnen gefeuert worden waren, Aufnahme in Ämtern und Dienststellen in der Zone gleich nebenan.

Die Engländer übernahmen anfangs zwar die amerikanischen Entnazifizierungsvorschriften, aber bald ließ der Eifer nach, sie ähnlich konsequent anzuwenden. Es fehlte den Briten eben, wie der Londoner Journalist Walter T. Ridder feststellte, am „Kreuzfahrergeist“. Sie nahmen auch früher als die Amerikaner zur Kenntnis, daß „ein vollständiger und chaotischer Zusammenbruch droht“, wenn „wir die Denazifizierungsvorschriften zu drastisch und einseitig



Deutsche Besatzer in Frankreich 1943: Nach drei Überfällen...

auslegen“, hieß es in dem Besatzungsblatt „British Zone Review“.

„Wenn wir die Tatsache nicht berücksichtigen“, hieß es da weiter, „daß fast jeder Deutsche in einer einflußreichen Stellung, wie klein sie auch gewesen sein mag, ein Mitglied der NSDAP oder einer ihrer zahlreichen Gliederungen war, dann erzeugen wir ein Chaos, das nicht nur Tod und Seuchen... bringt, sondern eine andauernde Malaise.“

Den ersten Schlag gegen führende Nazis, NS-Verbrecher, Gestapo und Sicherheitsdienst (SD) führten die Besatzer, soweit sie ihrer habhaft wurden, in allen Zonen gleich entschlossen und konsequent. Verhaftet oder interniert wurden in der amerikanischen Zone 95 250 Personen, in der britischen 64 500, in der französischen 18 983 und in der Sowjetzone 67 179. Bis zum 1. Januar 1947 wurden 94 498 wieder entlassen, in den drei Westzonen rund die Hälfte, in der Sowjetzone nur jeder achte.

Seit August 1945 ließen die sowjetischen Besatzer Parteigenossen, SS- und SA-Männer registrieren. Insgesamt 520 000 Nazis wurden aus Verwaltungen, Justiz und Industrie heraus-

„Der große Freund der kleinen Nazis“

gesäubert. Vier Fünftel der 2500 Richter und Staatsanwälte und 20 000 der 39 348 Lehrer mußten den Dienst quittieren.

Aber schon bald verschonten sie die kleinen Nazis, die „nicht zu den Naziverbrechern oder zu den aktivistischen Nazis gehörten“. Die Mitläufer erhielten noch vor den ersten Gemeindewahlen im Juni 1946 aktives und passives Wahlrecht, und bald galt die SED, spottete

ein Funktionär, als „der große Freund der kleinen Nazis“.

Die Amerikaner hingegen machten zunächst Jagd auf alle Nazis, ob groß oder klein – so vage die Kategorien dafür auch waren –, bis ihnen der Papierkram über den Kopf wuchs, Offiziere und Beamte der Militärregierung aufmuckten und der Aufbau einer deutschen Verwaltung sich verzögerte; bis die kleinen und großen Nazis statt Kollektivschuld kollektive Verfolgung empfanden.

General Clay erkannte, daß „früher oder später jene zu Märtyrern würden, die wir in den Augen ihrer Landsleute zu verdammen bestrebt waren“.

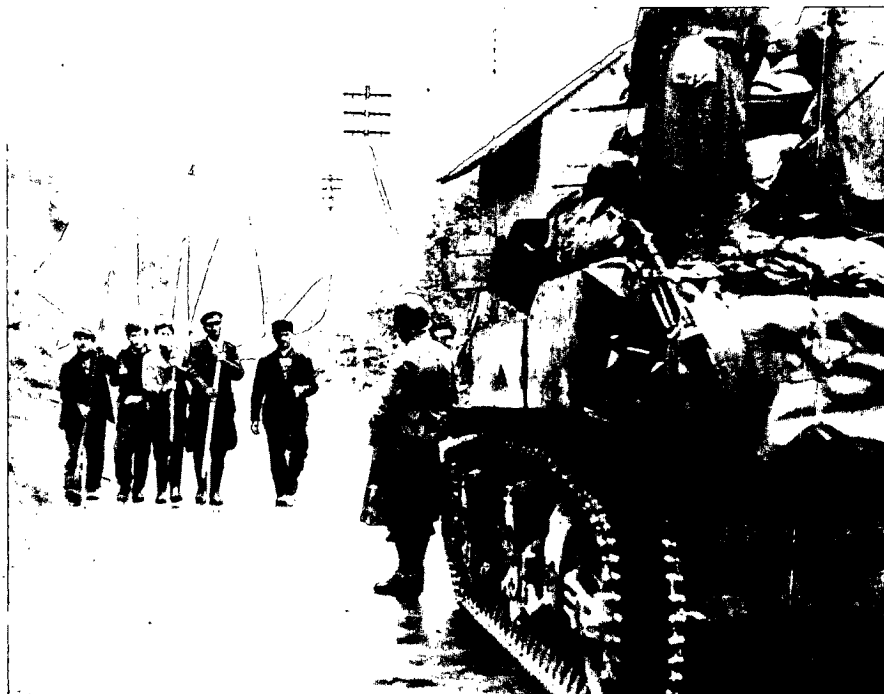
Im Juli ordnete die US-Militärregierung an, daß nunmehr auch alle Parteigenossen, die vor dem 1. Mai 1937 (bisher 1935) der NSDAP beigetreten waren, zu entlassen oder nicht wieder einzustellen seien. Ende September, im sogenannten Gesetz Nr. 8, verfügte sie, daß alle Ex-Pgs nur noch „gewöhnliche Arbeit“ verrichten durften. Betriebe sollten geschlossen werden, die nicht in regelmäßigen Berichten an die Arbeitsämter garantierten, daß sie sich an die Vorschriften hielten.

Noch Ende November 1945 bekräftigte der neue US-Militärgouverneur, Eisenhowers Nachfolger General Joseph T. McNarney, vor der Presse:

Die Säuberung vom Nationalsozialismus wird nach den festgesetzten Richtlinien restlos durchgeführt werden. Mir tun auch jene Nationalsozialisten nicht leid, die nur Mitläufer waren. Ich möchte jeden ehemaligen Nazi soweit wie möglich von jeder verantwortlichen Stellung entfernt als gewöhnlichen Tagelöhner sehen.

Das starke Generalswort war sicher auch eine Replik auf das ungewöhnliche Verhalten des Panzergenerals George Patton, jetzt US-Militärgouverneur für Bayern. Kriegsheld Patton, ein waschechter Antikommunist, der gern weitergekämpft hätte, gegen die Russen, kritisierte die Entnazifizierung, sie hemme den Wiederaufbau und verstoße gegen den Rechtsgrundsatz, daß Angeklagte bis zum Schuldbeweis als unschuldig zu behandeln seien. In einem Internierungslager will der General, der gern im vergoldeten Stahlhelm rumlief, statt „großer Nazis“ hauptsächlich „kleine Leute“ gesehen haben („Verrückt, diese Leute zu internieren“).

Auf die Frage eines Journalisten: „Sind nicht die meisten gewöhnlichen Nazis in ihre Partei eingetreten, wie



... Auferstehung einer Großmacht: **Französische Besatzer in Deutschland 1945**

Amerikaner Republikaner oder Demokraten werden“, hatte Patton geantwortet: „Ja, ungefähr so.“

Patton wurde abgelöst; aber damit war es nicht getan. Denn in den Dienststellen der US-Militärregierung fehlte es, wie auch Clay feststellte, „an Verständnis für die fundamentalen Ziele und Absichten der Besatzungsmacht“, und sei es auch nur aus Gründen, die Generalmajor Ernest Harmon artikuliert:

Ich kann die Krauts nicht leiden. Aber es ist eine Sache, ihnen zu verstehen zu

geben, wer den Krieg gewonnen hat, und eine andere, sie in diesem Winter ohne Essen und Kohle zu lassen. Dieses Land ist lange Zeit von Nazis geführt worden, und praktisch seine ganze administrative und wirtschaftliche Intelligenz war in der Nazi-Partei. Man kann nicht die Eisenbahnen mit Ladenhilfen betreiben und die Fabriken von Schuhputzern leiten lassen.

Womöglich spielte auch ein Rolle, daß eine beachtliche Minderheit unter Offizieren und Soldaten über den Natio-

nalsozialismus ähnlich dachten wie jene Nazis, die sie herausfischen und fangen sollten. Rund die Hälfte waren, wie amerikanische Umfragen im Herbst 1945 ergaben, der Meinung, vor dem Krieg hätte Hitler viel Gutes für die Deutschen getan. Je ein Fünftel zeigte Verständnis für den deutschen Antisemitismus, die „Lebensraum“-Ideologie und den Angriffskrieg.

Nach der Patton-Affäre wurde Dutzenden von Besatzungsoffizieren mit dem Kriegsgericht gedroht, wenn sie weiterhin gegen die Entnazifizierungsrichtlinien verstießen. Und mit einer Massenaktion sollte die Fahndung nach den Nazis erst richtig auf Touren gebracht werden.

Allein in der US-Zone wurden 13 Millionen Deutschen (Gesamtbevölkerung 17 Millionen) der berühmt-berüchtigte Fragebogen vorgelegt (131 Rubriken), über den sich Ernst von Salomon in seinem Bestseller lustig gemacht hatte, um das „vetting“, das Prüfen auf Herz und Nieren, noch zu verschärfen – zugleich aber auch ad absurdum zu führen: Bis Juni 1946 wurden 1 613 000 Fragebogen bearbeitet. Und da machte nicht nur die Aus- und Bewertung, sondern schon die Lagerung des Papiers den Amerikanern zu schaffen.

Und so wurde beschlossen, die Verantwortung für die Entnazifizierung den Deutschen selbst zu übertragen – den 22 000 Mitgliedern der 545 Spruchkammern, die 3,5 Millionen Verfahren abzuwickeln hatten (Stand 1946).

In der sowjetischen Besatzungszone kamen derweil die kapitalistischen Strukturen unter Hammer und Sichel, gründlich, wie vorgesehen, schneller als

* Hjalmar Schacht, von 1934 bis 1937 Reichswirtschaftsminister, im US-Internierungslager in Ludwigsburg. Gauleiter Fritz Sauckel, ab 1942 verantwortlich für das Fremdarbeiterprogramm, bei der Festnahme durch Amerikaner.



Internierungslager in der französischen Zone 1945: 18 983 eingesperrt



Internierter Schacht (r.), festgenommener Sauckel 1945*
„Gewöhnliche Tagelöhner“





US-Generale Eisenhower, Clay in Potsdam 1945
„Man kann nicht die Eisenbahnen ...

geplant. Die KPD wollte in der Übergangsphase den demokratischen Schein wahren und sorgte sich, offene Sowjetisierung könnte die Bevölkerung zu sehr schockieren.

Wahrscheinlich drückten aber die Besatzer auf das Tempo. Andererseits kamen ihnen, wie auch der KPD, die spontanen Aktionen der Arbeiter, die sich ohne Segen der Kommandantura oder der Partei anschickten, mit der verheißenen Diktatur des Proletariats sofort ernst zu machen, höchst unlegen.

„In Tausenden von sächsischen Betrieben wurden die faschistischen Unternehmer, Direktoren und Betriebsleitungen beseitigt“, hieß es später in einem Bericht des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“. Dabei habe die Arbeiterschaft „unter Beweis gestellt, daß sie wohl in der Lage ist, im Betrieb wie in der Wirtschaft sich führend einzuschalten.“

Im Berliner Stadtbezirk Treptow „nahm die Belegschaft ... sofort gegen die früheren Inhaber Stellung und verjagte sie aus den Betrieben“. Ein Raiffeisenwerk in Greifswald wurde von „faschistischen Elementen bereinigt“, ein Betriebsrat gewählt, der das „volle Mitbestimmungsrecht besitzt“.

Es waren, kritisierte Genosse Fritz Selbmann, 1945 Vizepräsident der sächsischen Landesverwaltung für Wirtschaft und Arbeit, „Experimente“ auf der „Grundlage der alten utopischen Sozialisten“. Solche „Versuche“ habe die KPD „schnell und geräuschlos liquidiert“. Denn, so Ulbricht: „Die Voraussetzungen sind nicht da.“

Andererseits wunderte sich Ulbricht, daß in der Landbevölkerung so gar keine Spontaneität aufkam. Über einen Disput mit Bauern in Sachsen/Anhalt über die Bodenreform schrieb er:

Das ist doch ganz einfach, rieten wir ... „Sie nehmen dem Gutsbesitzer den Boden weg, dann ist schon der erste Schritt zu einer demokratischen Ordnung geschaffen.“ Ein Bauer meinte: „Aber wir haben doch gar kein Gesetz dafür ...“ „Ein Gesetz?“, fragte ich ihn. „Wenn die Bauern hier beschließen, daß sie dem Gutsbesitzer das Land wegnehmen, ist das ihr demokratisches Recht“ ... Da meinten die Bauern: „Ja, Sie haben schon recht, aber ein Gesetz wäre doch gut.“ Wir beruhigten sie: „Na gut, wenn ihr ein Gesetz braucht, werden wir auch ein Gesetz beschaffen, damit ihr das ganz ordentlich durchführen könnt.“

Das Gesetz fiel radikaler aus, als zunächst angekündigt worden war. Während im Gründungsauftrag der KPD Mitte Juni noch versprochen worden war, daß „selbstverständlich“ der „Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern“ – sie hatten 45 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche unter dem Pflug – nicht angetastet würden, mußte jetzt jeder, der über 100 Hektar besaß, herhalten, ob Nazi, Nicht-Nazi oder Anti-Nazi, keiner wurde verschont.



US-General Patton
... mit Ladenhilfen betreiben“

14 000 Höfe mit einer Gesamtfläche von 3,3 Millionen Hektar wurden enteignet – „zum Zwecke der Landzuteilung an landarme Bauern und Landarbeiter“. Die alten Besitzer mußten Hals über Kopf mit ein bißchen Sack und Pack ihre Scholle räumen.

550 000 Landarme erhielten je zwischen fünf und zehn Hektar Grund und Boden. Aber auch 183 000 Arbeiter und Angestellte, die von Landwirtschaft meistens keine Ahnung, sich zum Teil aber schon verdient gemacht hatten, wurden bedacht; freilich nur mit Parzellen von je 0,6 Hektar.

Im Herbst 1945 begannen, parallel zur Bodenreform, die Enteignungen. Die Sowjets verfügten die Beschlagnahme nicht nur „allen Eigentums des deutschen Staates, der NSDAP und ihrer Organisationen, der Verbündeten des Nazi-Reiches“, sondern, entschädigungslos, auch „aller jener Personen, die ... durch besondere Listen oder auf eine andere Weise bezeichnet werden“ – ein Freibrief in eigener Sache.

Alle Banken wurden geschlossen. Das Kapital wurde den neuen Landes- und Provinzialbanken zugeführt.

„Herrenlose Handels-, Industrie- und landwirtschaftliche Unternehmen“ wurden den Länder- und Provinzverwaltungen überlassen oder bis „zur endgültigen Lösung des Eigentumsrechts an diesem Vermögen“ unter öffentliche, „volkseigene“ Kontrolle gestellt, wo die dann

Entschädigung im Zugriffsverfahren

auch verblieben. Konzerne und Großbetriebe wurden in „Sowjetische Aktiengesellschaften“ (SAG) umgewandelt – darunter Europas größtes Chemiewerk, Leuna, das Bunawerk bei Magdeburg, 80 Prozent der Kaligruben und große Teile der elektronischen Industrie und des Fahrzeug- und Maschinenbaus.

Schon 1947 fielen auf SAG und sogenannte volkseigene Betriebe (VEB) 56 Prozent der industriellen Bruttoproduktion. 1950 waren es 90 Prozent.

Neben dieser „juristischen Demontage“ lief die wilde Demontage großen Stils. Die Sowjets entschädigten sich im Zugriffsverfahren für die verheerenden Verwüstungen, die deutsche Soldaten und Besatzer in ihrem Lande angerichtet hatten. Sie räumten ab und packten ein – unter anderem mehr als die Hälfte der Industrien für schweren Maschinenbau, Fahrzeugbau, Elektronik, Elektrizitätsgewinnung, für Feinmechanik und Optik, für Stickstoffgewinnung und Kunstfaser-Herstellung – insgesamt mindestens 40 Prozent des Industriepotentials (von 1936). Vieles davon verrottete schon auf dem Transport oder später in der Sowjet-Union.

„Die Übernahme der Produktion durch das Proletariat“, meinte Bert

Brecht, „erfolgt in dem Zeitpunkt (und scheint vielen also zu erfolgen zu dem Zweck) der Auslieferung der Produkte an den Sieger.“

Die Demontage brachte das Zonenvolk in Rage und machte es bittarm. Der revolutionäre Enteignungsakt entsprach hingegen offenbar dem Willen des Volkes. Bei einem Volksentscheid in Sachsen, dem Industriezentrum der Sowjetzone, stimmten 1946 rund 77 Prozent dafür – ähnlich wie in Hessen, wo etwa zur gleichen Zeit 72 Prozent für umfangreiche Sozialisierung votierten.

Der „deutsche Trend“, so nannte das amerikanische Außenministerium die antikapitalistische Grundstimmung in Ost und West, war tatsächlich unverkennbar. Er einigte die Parteien, sogar

„Auf der Tagesordnung steht heute“, sagte Kurt Schumacher im Sommer 1945, „als der entscheidende Punkt die Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung und die Überführung der Produktionsmittel aus der Hand der großen Besitzenden in gesellschaftliches Eigentum.“ Entweder werde „es uns gelingen, Deutschland in seiner Ökonomie sozialistisch und in seiner Politik demokratisch zu formen, oder wir werden aufhören, ein deutsches Volk zu sein“.

Christdemokraten versprachen in den „Kölner Leitsätzen“ vom Juni 1945: „Die Vorherrschaft des Großkapitals, der privaten Monopole und Konzerne wird gebrochen.“

Noch 1947, im Ahlener Programm, vertaufelte die CDU an Rhein und

Teilen der Wirtschaft“, lautete der durchschlagende Standardeinwand, „ist zur Zeit nicht praktisch, da die deutsche Wirtschaft nicht frei ist.“ Die Besatzer hatten den Daumen drauf, vor allem die Amerikaner. In ihnen fand Adenauer mächtige Verbündete.

Allerdings warnte das US-Außenministerium wiederholt davor, die deutsche Wirtschaft strikt nach US-Muster gleichzuschalten. Es sah in Sozialisierung sogar ein taugliches Mittel, um die neue Demokratie in Deutschland zu stabilisieren. Es regte an, die aus der Entflechtung der ganz Großen entstehenden kleinen Einzelgesellschaften unter deutsche Regierungskontrolle zu stellen.

Die Denker im State Department erkannten, daß der „deutsche Trend“ zur Übernahme von Monopolen und Konzernen in öffentlich kontrolliertes Eigentum ein europaweiter Vorgang sei, und forderten in einer Richtlinie für die US-Militärregierung, sich in der Frage der Sozialisierung nicht einzumischen, sondern lediglich sicherzustellen, daß die Entscheidung dafür oder dagegen „frei und demokratisch“ zustande komme.

Das letzte Wort in der Besatzungspolitik jedoch hatten das Kriegsministerium und die US-Militärregierung. Sie, und insbesondere der Pragmatiker Clay, leisteten entschiedenen Widerstand. Sie waren primär darauf bedacht, die deutsche Wirtschaft wenigstens so weit anzukurbeln, daß ein Minimum an Selbstversorgung gesichert werden könnte, um die drohende Hungersnot abzuwenden und die Besatzungskosten möglichst gering zu halten.

Dabei waren, in den Wirren der frühen Nachkriegszeit, Maßnahmen, wie sie das US-Außenministerium nahegelegt hatte, nur hinderlich. Aber ganz sicher waren den Leuten im Kriegsministerium und in der Militärregierung solche, wie sie meinten, kommunistischen Experimente auch grundsätzlich suspekt.

Über die Sofortmaßnahmen waren sich aber alle einig. Gleich im Sommer 1945 zerschlugen die Amerikaner die drei Großbanken, die 55 Prozent des Kapitals aller 653 Geschäftsbanken gehalten hatten. Aber: 1957 waren die Großen wieder da.

Sofort stürzten sich die Besatzer auch auf den Giganten IG Farben – „um jede künftige Bedrohung seiner Nachbarn oder des Weltfriedens durch Deutschland unmöglich zu machen, und mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die IG Farbenindustrie sich wesentlich und in hervorragendem Maße mit dem Aufbau des deutschen Kriegspotentials befaßt hatte“.

Ende März 1945 stürmten GIs den Hauptsitz des Konzerns in Frankfurt:



Bodenreform in der Sowjetzone 1945: „Wir haben doch gar kein Gesetz“

die Deutschen hüben und drüben. „Kapitalismus führt zum Faschismus“, schien nun einleuchtend, „Kapitalismus muß weg.“ Sogar in den meisten westdeutschen Länderverfassungen wurde, bis auf den heutigen Tag, die Forderung nach Enteignung, Sozialisierung oder Bodenreform festgeschrieben.

Die sich wieder sammelnden Genossen von der alten SPD besannen sich auf die revolutionären Passagen ihrer Parteiprogramme, die sie in den vergangenen Jahrzehnten selber kaum wörtlich genommen hatten. Die Christdemokraten, obgleich zunächst ohne oder nur mitlosem Kontakt zu den Gesinnungsfreunden im nächsten Ort, forderten, wie verabredet, „christlichen Sozialismus, wahren christlichen Sozialismus“, den freilich, „der nichts gemein hat mit falschen kollektivistischen Zielsetzungen, die dem Wesen des Menschen von Grund widersprechen“.

Ruhr das „kapitalistische Wirtschaftssystem“, das den „staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden“ sei. Und: „Die Zeit der unumschränkten Herrschaft des privaten Kapitalismus ist vorbei.“ Die Union forderte, die „eisen-schaffende Großindustrie“ zu vergesellschaften; Banken und Versicherungen „gesetzlicher Kontrolle“ zu unterwerfen.

Dem Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer, gingen die Planspiele seiner Parteifreunde natürlich entschieden zu weit. Aber er mußte sie einstweilen gewähren lassen, um nicht die eigene Führungsposition zu gefährden und um nicht eine Spaltung der Union zu riskieren.

Aber er ließ sich was einfallen, um die akute Bedrohung für das kapitalistische System abzuwenden. „Die sich aufdrängende Frage der Vergesellschaftung von



Sozialdemokrat Schumacher 1945*
„Verpaßte Gelegenheiten“?

„Die Zerstörung . . . war unbeschreiblich“, hieß es darüber in einem Bericht des US-Geheimdienstes. „Sie hatten jeden Tisch in dem Gebäude umgestürzt, die meisten Stühle und sicherlich alle Fenster zerbrochen. Ein großer Teil der Akten war auf den Boden gekippt, und sie hatten ziemlich amateurhaft versucht, die Safes aufzubrechen.“

Leitende Konzernherren meinten schon, nicht die Amerikaner, sondern die Russen hätten da gehäust. Als US-Geheimdienstoffiziere dann mit ihnen sprachen, nahmen sie eine „achtungsvolle . . . Haltung ein“, allerdings „mit Ironie verbrämt“.

Vorstandsmitglied Georg von Schnitzler war in „sorgfältig gepflegtem Golfanzug“ und „frisch polierten Oxford-Schuhen“ erschienen. Er atmete richtig auf, daß, wie er meinte, die „äußerst unglückliche Situation“ vorbei sei, so von seinen „guten Freunden“ in der ganzen Welt, dem „Lord X und Y in England, den Duponts in Wilmington und auch ‚Jack Morgan‘ abgeschnit-

ten“ zu sein. Offenbar sollte es gleich wieder richtig losgehen.

Daraus wurde zunächst nichts. In den drei Westzonen und in den Westsektoren Berlins wurden im Juli 1945 die 169 Gesellschaften beschlagnahmt, die zum IG-Farben-Konzern gehört hatten oder von ihm kontrolliert worden waren. Aufsichtsräte und Vorstände wurden „entfernt und entlassen und jeder Vollmacht“ entkleidet.

Aber: 1951/52 auferstand der Konzern in alter Macht und Herrlichkeit, wenn

„Ein Verfahren von zweifelhafter Klugheit“

auch dreigeteilt: BASF, Hoechst, Bayer. An das Ende hatte sowieso kaum einer wirklich geglaubt.

Obgleich entflochten, verdoppelte sich, von Ende Oktober 1945 bis Ende Januar 1946, der Aktienkurs. Um zu demonstrieren, sie meinten es ernst, sah sich die amerikanische Militärregierung veranlaßt, den Handel mit IG-Farben-Aktien mit fünf Jahren Gefängnis oder 10 000 Dollar Geldstrafe zu bedrohen.

Krupp und den Kohlebergbau in der britischen Zone erwischte es ebenso. Im November 1945 wurden die Anlagen von den Briten entschädigungslos beschlagnahmt. Sie sollten aber nicht entflochten, sondern „treuhänderisch für das deutsche Volk“ verwaltet und nie wieder den alten Eigentümern zurückgegeben

werden – was dann, nach Gründung der Bundesrepublik, doch geschah.

Erst im Februar 1947, nach dem Zusammenschluß der amerikanischen und britischen Zone zur Bizone, verständigten sich Amerikaner und Briten darüber, wie darüber hinaus und im einzelnen zu verfahren sei. Danach sollten alle „Kartelle, Syndikate, Trusts, Interessengemeinschaften und sonstige Typen von monopolistischen oder beschränkenden Abkommen“ beseitigt werden. Alle Betriebe mit Sitz in der US-Zone, die in der amerikanischen und britischen Zone mehr als 10 000 Arbeiter beschäftigten, sollten überprüft, Betriebe mit mehr als 10 000 Arbeitern und Angestellten allein in der US-Zone automatisch „dekonzentriert“ werden.

Allerdings hielten sich die Engländer nicht allzu eng an diese Absprache. Sie wollten lieber Großunternehmen kontrollieren als zerstückeln. Womöglich hatte die Londoner Labour-Regierung zunächst gehegte Sozialisierungsabsichten noch nicht ganz aufgegeben.

Per saldo haben alle diese Pläne, so eifrig sie auch, jedenfalls von den Amerikanern, zu Papier gebracht worden waren, die Strukturen der westdeutschen Wirtschaft kaum verändert. Soweit Briten und Amerikaner überhaupt ernsthaft dekartellisierten und dekonzentrierten, so entschieden revidierten sie ihre Politik, als der Kalte Krieg heißer wurde und aus Besiegten Verbündete machte.

General Clay zügelte von vornherein die „Extremisten“ in der Washingtoner „Dekartellisierungsgruppe“, die es „zwar gut meinten, die aber fest entschlossen waren, die deutsche Industrie ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Lebensfähigkeit in kleine Einheiten zu zerlegen“. Und auch die Amerikaner daheim, beileibe nicht nur Geschäftsmacher, hielten nicht viel davon.

„Bei dieser Stimmung in der Heimat“, urteilt US-Historiker Zink, erschien es den US-Besatzern „als ein Verfahren von recht zweifelhafter Klugheit, anderen erschien es sogar ausgesprochen von Übel“.

Kurt Schumacher sprach schon 1945 von „verpaßten Gelegenheiten“ – „mehr noch als nach 1918“. Statt „weltrevolutionärer Umgestaltung der Dinge und Menschen“, die er offenbar für möglich gehalten hatte, werde mit „Methoden der Restauration und des Fortwurstelns“ operiert.

Aber Null-Stunden kommen in der Geschichte nicht vor. Entweder Revolution oder eben „verschämte Reparatur diskreditierter Kontinuität“.

Im nächsten Heft

Köln 1945: Die Zusammenbruchsgesellschaft in der Domstadt – Aufstieg und Fall des Oberbürgermeisters Konrad Adenauer



Christdemokrat Adenauer (r.) 1945*
„Methoden des Fortwurstelns“?

* Oben: In Hannover mit Erich Ollenhauer; unten: Als Oberbürgermeister mit Städtplanern in Köln.